Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 6 (1965)

Heft: 4

Artikel: Diskussion um die Entwicklungshilfe

Autor: Strauch, H.F. / Sager, Peter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076934

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Diskussion um die Entwicklungshilfe

(Siehe «Schwerpunkte sind nötig» KB Nr. 2)

Sehr geehrter Herr Dr. Sager!

Ich hätte von Ihnen kaum die Befürwortung, ja schlimmer die Propagierung einer Politik erwartet, die offensichtlich keine Politik der Entwicklungshilfe (was doch soviel besagt wie Hilfeleistung an jemanden zum Nutzen seiner Entwicklung) ist, sondern eine solche politischer Schmiergelder. Ich gebe allerdings gern zu: man versucht seit alters her, mit Bestechung Politik zu machen und besonders auf internationaler Ebene erleben wir in unserer Zeit im Rahmen der Entwicklungstätigkeit ein Neuaufleben dieser alten Sitte. Aber sollen wir in der Schweiz da mitmachen?

Ihr so vertraut tönendes Alternativdenken: Entweder seid Ihr mit uns oder Ihr seid gegen uns! entspringt offensichtlich dem kaum verhüllten Bedürfnis, anderen Leuten unsere Konzeption von Welt und Leben aufzudrängen, und nicht der feigeren Taktik, ihnen unsere Lösungen als begehrens- und damit nachahmenswert zu machen. Natürlich habe ich (übrigens seit längerer Zeit schon) bemerkt, dass einzelne afrikanische Staaten eine Art Nationalkommunismus pflegen. Doch wehren sie sich im allgemeinen nicht weniger als jene, die sich einer anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verschrieben zu haben vorgeben, gegen allzu deutliche Einflussnahmen von aussen her, kommen sie nun von Ost oder von West. Solange diese Staaten sich auf der Weltbühne ausserhalb des gegnerischen Lagers halten, haben wir noch keine Ursache, sie als unsere Feinde zu betrachten. Was ihre innere Entwicklung anbetrifft, so müssen sie den Weg ebenso selber finden, wie wir den unseren. Keiner dieser Wege wird ohne Irrungen und Wirrungen sein, doch schliesse ich aus Ihren Zeilen nicht, dass Sie eine Patentlösung anzubieten haben. Noch kann man, scheint mir, so kurze Zeit nach der Unabhängigkeit kaum feststellen, ob der Staats- und Wirtschaftsaufbau in Ghana oder an der Elfenbeinküste auf solideren Füssen steht. Dabei unterscheiden sich übrigens die angewandten Konzepte in den Worten viel mehr als in den Taten.

Das von Ihnen kritisierte Ausspielen des Herrn Nasser und Kollegen von Ost gegen West entspringt doch wohl dem offenkundigen Bedürfnis, sich möglichst ausserhalb der beiden ideologischen Machtblöcke zu halten, um den selbstgewählten Weg unbehindert begehen zu können. Muss denn Ihrer Meinung nach die Welt um jeden Preis bis auf den letzten Quadratmeter zwischen Ost und West aufgeteilt werden? Fast wird man zur Annahme gedrängt, Ihre professionelle Auseinandersetzung mit dem Kommunismus führe zu einer Art déformation professionelle, die Ihnen auch da einen Streich spielt, wo es um die dritte Welt geht. Wäre es nicht weitsichtiger, wenn wir in der Schweiz, wo uns doch die eigene Unabhängigkeit und Freiheit so am Herzen liegt, eine Politik befürworten könnten, die die Kleinen und Schwachen in die Lage versetzt, sich gegenüber der Machtgier und dem Diktat der Grossen zu behaupten?

Insofern gehe ich mit Ihnen einig, als man auf dem Gebiete der Entwicklungshilfe nicht beispielsweise Algerien gegenüber Marokko begünstigen sollte, nur weil man im einen Land grössere wirtschaftliche, politische und strategische Interessen hat, aber aus einem anderen Grund: jede Schwerpunktbildung ist ganz einfach ungesund und gefährlich und die wehrhaft weitsichtigere Politik ist jene, die jedem Land, seiner Bevölkerung entsprechend, gleichviel zukommen lässt und bestenfalls da mehr zustopft, wo der Rückstand am grössten ist. Wir haben aus mancherlei Gründen das allergrösste Interesse daran, dass nicht die unterentwickelten Länder unter sich einander in die Haare geraten. Wir vergrössern aber diese Gefahr, wenn wir in der Entwicklungswelt Schwerpunkte setzen. Da der Osten Schwerpunkte setzt, wäre es weitsichtig, wenn der Westen mithelfen würde. innerhalb der unterentwickelten Welt entstehende Niveauunterschiede auszugleichen. Das Resultat würde dann ungefähr jenem entsprechen, welches auch Sie befürworten: jene Staaten, die mehr Osthilfe erhielten, bekämen automatisch weniger vom Westen und umgekehrt. Ich gebe zu, dass die Realisierung dieser Konzeption schwierig wäre, doch könnte man sicher zu einer einigermassen befriedigenden Lösung kommen.

Wenn man in der Entwicklungshilfe schon Schwerpunkte setzen will, dann kann man sie auch anders setzen: beispielsweise weniger Waffenlieferungen und dafür eine vigourose Kampagne zur Kontrolle des Bevölkerungszuwachses. Hier könnten sogar Bedingungen legitim erscheinen wie: «Wir bemessen unsere Hilfe nach einer im voraus festgelegten vernünftigen Bevölkerungs-Zuwachsrate. Wenn ihr darüber bleibt, dann erhält ihr einfach weniger pro Kopf als jene, die darunter bleiben. Es liegt also in eurem eigenen Interesse, euren Bevölkerungszuwachs unter Kontrolle zu bringen.» Könnten wir uns zu dieser Sprache durchringen, dann würde sie vielleicht verstanden, und die geleistete Entwicklungshilfe wäre wirklich nicht für die Katz.

Wenn ich Ihren Ausführungen die meinen gegenüberstelle, Herr Dr. Sager, so deshalb, weil mir unser Schicksal ebenso am Herzen liegt wie Ihnen und weil mir ein auswegloses Alternativdenken als zu gefährlich erscheint, um ihm freien Lauf zu lassen.

H. F. Strauch

Sehr geehrter Herr Strauch!

Meine Ueberlegungen zur Frage der Entwicklungshilfe als Politik der Schmiergelder zu apostrophieren, ist mehr als ungerecht. Da Sie mir aber am Schluss Ihres Briefes immerhin die gleiche Sorge um unser Schicksal zubilligen, dürften wir jedoch jenen Geist teilen, der erste Voraussetzung zum fruchtbaren Gespräch ist. In diesem Sinn hat mich Ihr Brief sehr gefreut.

Die Voraussetzung

Im Ausgangspunkt stimme ich mit Ihnen überein: Entwicklungshilfe muss «Hilfeleistung an jemanden zum Nutzen seiner Entwicklung» sein. Dieser Definition möchte ich eine ergänzende Bemerkung zufügen.

Eine *Hilfeleistung* erfolgt nicht wegen einer rechtlichen, sondern wegen einer moralischen (oder politischen) Pflicht. Eine Hilfeleistung ist nur dann sinnvoll, wenn sie den angestrebten Zweck zu erreichen vermag. Sie darf also nicht den Helfenden ausbeuten. Ein solcher Anspruch wäre nicht einmal moralisch, geschweige denn politisch zu stellen. Die Hilfe muss vielmehr so dosiert sein, dass sie da langfristig geleistet werden kann, wo nur eine langfristige Hilfe zu helfen vermag.

Eine Hilfeleistung *zum Nutzen der Entwicklung* bedeutet Erreichung des gesetzten Zieles, hier mithin jenes Wirtschaftsaufbaus, der den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ermöglicht, im Rahmen einer modernen, offenen Industriegesellschaft jedem Staatsbürger nach seinen Leistungen einen gerechten Lohn, ein anständiges Auskommen und eine Teilnahme am Fortschritt zu sichern. Wenn wir so die Hilfe an ihren Zweck binden, müssen wir schliessen, dass eine Hilfe, die ihren Zweck nicht erreicht, falsch ist, und zwar auch dann, wenn sie moralisch gerechtfertigt sein mag.

Der Weg

Raumeshalber muss ich mir den Nachweis versagen, dass die kommunistische Entwicklungshilfe das von uns gesetzte Ziel nicht zu erreichen vermöchte. Sie vermag zwar zu industrialisieren, aber dies im Interesse der Staatsmacht und nicht des Volkswohlstandes. Ein Hinweis muss genügen.

Der kubanische Zuckerplantagen-Arbeiter unterstützte das anfänglich getarnte kommunistische Regime Fidel Castros in der Erwartung, dass sich sein Einkommen verbessere. Das Gegenteil war der Fall. Es steht für mich ausser Zweifel, dass das kubanische

Volk sich in einer *freien* Wahl gegen Castro und den Kommunismus entscheiden würde.

Somit gelange ich zum Schluss, dass eine Entwicklungshilfe, die nicht zur Demokratie hinführt (auch durch autoritäre Uebergangsphasen), ihr Ziel verfehlen muss. Der Kommunismus kann diese Demokratie weder aus seiner Tradition noch aus seiner Zielsetzung anstreben. Seine Entwicklungshilfe bleibt somit unbehelflich. Von diesen Ueberlegungen ausgehend, möchte ich überleiten zu Ihrer Stellungnahme.

Die Unterschiede

Sie werfen mir das «kaum verhüllte Bedürfnis» vor, «andern Leuten unsere Konzeptionen von Welt und Leben aufzudrängen». Das trifft nicht zu. Vielmehr möchte ich feststellen, dass der gigantische Aufbruch der Entwicklungsländer auf *deren* Bedürfnis zurückzuführen ist, *unsere* Konzeptionen von Welt und Leben zu übernehmen. Das könnte uns in aller Bescheidenheit mit Stolz erfüllen und moralisch zur Hilfeleistung anspornen, wenn nicht zwei Faktoren uns mit Besorgnis erfüllen und zur politischen Entwicklungshilfe zwingen müssten.

Wir haben einerseits den historisch bedingten Umstand, dass das westliche Ideal in Ablösung vom Westen angestrebt wird. Wir sind andererseits mit der Tatsache konfrontiert, dass die Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Demokratie einen Kampf um Sieg oder Niederlage der Freiheit bedeutet. Der Bestand der Freiheit ist aber ein undiskutierbares Axiom. Daraus folgt, dass in *dem uns aufgezwungenen Kampf* Handlungen der Notwehr berechtigt sind.

Verstehen Sie mich recht: mit Ihnen stimme ich überein, dass die Entwicklungshilfe keinen politischen Ueberlegungen unterstellt werden sollte. Im Unterschied zu Ihnen fordere ich jedoch in dieser Notlage und unter den gegenwärtigen Bedingungen eine noch folgerichtigere Unterstellung der westlichen Entwicklungshilfe unter politische Gesichtspunkte. Es ist dies eine Folge des — bedauerlichen — Umstandes, dass der Kommunismus mit der Politisierung der Entwicklungshilfe vorangegangen ist.

Daher bejahe ich in einem bestimmten Sinne Ihre Frage, ob «die Welt um jeden Preis bis auf den letzten Quadratmeter zwischen Ost und West aufgeteilt werden» müsse. Ich verstehe dieses Ja allerdings mehr in einem geistigen als in einem geographischen Sinn, wie übrigens die Frage Kommunismus oder Demokratie quer durch die Staaten entschieden wird. Aber ich betrachte tatsächlich den individuellen Neutralismus als philosophisches Unding und politischen Unsinn. Hier, in dieser grundsätzlichen Entscheidung, gibt es meines Erachtens kein «sowohl als auch», sondern nur das «entweder oder». Weiter: es ist nach meinem Dafürhalten — leider! — unwirklich, die Entwicklungsgebiete vom Kampf Kommunismus—Demokratie isoliert zu sehen. Sie sind — auch gegen ihren Willen — in diese Auseinandersetzung ebenso mit einbezogen, wie wir es sind. Der kommunistische Weltherrschaftsanspruch ist ausgesprochen; wir wie die Asiaten, Afrikaner und Südamerikaner können ihn übernehmen oder ablehnen. Ein Drittes gibt es nicht.

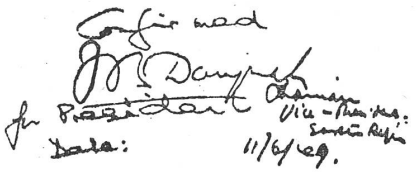
Bedauerliche Polemik

Darf ich mich beiläufig ebenso entschieden wie unpolemisch gegen Ihren Vorwurf meiner déformation professionelle wenden? Die Gefahr dazu besteht natürlich, und keiner, der sich auf ein Gebiet besonders konzentriert, kann ihm immer ausweichen. Wenn aber unser aller Schicksal ernsthaftes Anliegen ist, können wir uns kaum der grossen Aufgabe entziehen. Sie allseitig zu bearbeiten, ist keinem Sterblichen mehr möglich. Eine Arbeitsteilung ist unumgänglich geworden. Der Vorwurf der déformation professionelle ist daher nicht nur ungerecht, erlässt oft auch einen Mangel an Argumenten vermuten. Sollten wir nicht, im sachlichen Gespräch, auf solche Klischees verzichten?

Unter dem gleichen Titel möchte ich überdies ein Problem aufwerfen, das nicht von Ihnen angeschnitten worden ist, das aber ebenfalls von einer sachlichen Diskussion ausgeschlossen werden sollte. Ich meine die Gegenüberstellung der moralischen, humanitären zur politischen Entwicklungshilfe. Anknüpfend daran, dass die Politik ein garstig Lied sei, soll so die *politische* Entwicklungshilfe ebenso heruntergerissen werden, wie die *moralische* durch den blossen Bezug erhöht werden soll. Da die Politik ebenso garstig sein kann wie die Anrufung der Moral zuweilen nur Hohlheit und Bequemlichkeit tarnt, scheint mir, die sachliche Diskussion müsse sich von solchen Etikettierungen lossagen. Das war, wie gesagt, kein Vorwurf an Sie, aber in diesem Rahmen eine nötige Feststellung.

Politik für die Freiheit

Voll und ganz stimme ich Ihnen zu, wenn Sie eine Politik befürworten, «die die Kleinen und Schwachen in die Lage versetzt, sich gegenüber der Machtgier und dem Diktat der Grossen zu behaupten». Darum geht es mir, und das aus der Besorgnis heraus, dass diese Politik noch nicht gefunden ist. Beweise fehlen nicht: der Kommunismus befindet sich sichtbar in Asien und Afrika und weniger sichtbar in Lateinamerika im Vormarsch. Mit unserer Entwicklungspolitik haben wir die Kleinen und Schwachen nur mangelhaft in die Lage versetzt, sich der Machtgier und dem Diktat der Grossen (warum so verschämt «der Grossen» und nicht «des Kommunismus»?) zu erwehren. Nun bin ich zutiefst davon überzeugt, dass dieses Ziel eben nur durch Schwerpunktbildung erreicht werden kann. Das ist — ich bin mir dessen bewusst — eine folgenschwere Forderung. Zu ihr zwingt mich die Einsicht, dass wir gar nicht genügend Hilfe leisten können, um überall zu wirken. Je mehr wir unsere Leistungen ausdehnen, je mehr werden sie verdünnt und versickern wirkungslos. Fast befinden wir uns schon in einer ähnlichen Lage wie jener, der eine geringe Wassermenge an Verdurstende verteilen muss. Mit dem Schluck, den es auf jeden trifft, wird keiner gerettet. In dieser Lage



Aus einem Manuskript von J. B. Danquah. Zu unserem Kommentar auf Seite 11.

unter Anrufung etwa der Moral trotzdem das Wasser gleichermassen auf jeden zu verteilen, enthebt uns zwar einer der schwersten Entscheidungen, bringt uns aber nicht vorwärts. Wurden nicht häufig schon Kinder und Frauen zuerst gerettet, wenn nicht alle gleichzeitig ein sinkendes Schiff verlassen konnten?

Ich wiederhole: die Entscheidung ist immer unendlich schwer. Aber sie darf nicht aus diesem Grunde zum Tabu und damit der Diskussion entfremdet werden.

Im übrigen kommen Sie ja selbst zur Forderung einer Schwerpunktbildung. Dass die westliche Entwicklungshilfe dort gewährt wird, wohin die kommunistische nicht fliesst, und dort entzogen wird, wo Moskau und Peking ihre Interessen verfolgen, das ist ein langer Schritt auf dem Weg, den wir wahrscheinlich doch begehen müssen. Der Nachteil ihrer Formulierung liegt allerdings darin, dass sie die freie Welt in der Defensive fixiert und zudem noch radikaler zu einem «Ost—West-Denken» führt. Die westliche Entwicklungshilfe als Lenkungsinstrument zur christlich verantwortbaren Kontrolle des Bevölkerungszuwachses zu verwenden, ist in meinem Sinn eine eminent politische und daher auch von mir geforderte Massnahme.

Mir scheint immer mehr, dass darum nicht herumzukommen sein wird, besonders wenn man in der Diskussion jene Prämissen berücksichtigt, die ich in meinem ersten Beitrag aufgeführt habe, und die von Ihnen beiseite gelassen worden sind. Die westliche Entwicklung hat *nicht* das erhoffte Ziel erreicht («zum Nutzen der Entwicklung»). Sie beruhte auf einer Konzeption, wonach vorab in den kritischen Gebieten geholfen werden muss. Demgegenüber frage ich mich, ob nicht vorab in den wirtschaftlich und politisch *hoffnungsvollsten* Gebieten geholfen werden müsste.

Damit würden meines Erachtens Vorbilder geschaffen, die zur Nachahmung mitreissen und so notwendige Kräfte wecken. Die von Ihnen befürwortete Nivellierung, so fürchte ich, könnte dagegen die Entwicklung eigener Initiative und gesunden Wettbewerbes benachteiligen.

Die Entwicklungshilfe sollte also als Belohnung für alle notwendigen Schritte in der Richtung einer demokratischen Industriegesellschaft ausgerichtet werden. Die Eindämmung des Bevölkerungszuwachses ist ein solcher Schritt, die politische Gewaltentrennung auch in einem autoritären Uebergangsregime, die Förderung der Disziplin, des Verantwortungsbewusstseins sowie der Volksbildung sind andere.

Peter Sager